Eisenacher Nachrichten

NR. 13 # Stadtinfo # September/Oktober 1999

Termine diesmal auf seite fünf

Am Ende gnadenlos niedergestreckt

Zumindest gestorben ist Horst Ludwig Meyer wie ein Revolutionär

Seit 15 Jahren weltweit gesucht, gejagt und nun in Wien auf offener Straße erschossen: Horst Ludwig Meyer gehörte zum letzten versprengten Häuflein ehemaliger Untergrundkämpfer der Roten Armee Fraktion. Jener Gruppe, die im Frühjahr 1998 ihre Selbstauflösung bekanntgab: »Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF. Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.« Eine Auflösung, die bereits überfällig war. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers waren die Koordinaten, nach denen hierzulande von ultralinks Revolution gespielt wurde, nicht mehr verifizierbar. Ganz unabhängig davon, ob das »Projekt RAF« nicht bereits von Beginn an politisches Abenteurertum war.

Vielleicht hatte Horst Ludwig Meyer längst diese Einsicht und gehörte - neben seiner Begleiterin Andrea Klump, die am Mittwoch in Wien festgenommen wurde - mit zu den Verfassern der 98er Auflösungserklärung. Eine Kapitulation, die nichts mehr genutzt hat. Der Staat, ob in Wien oder in Bad Kleinen, pfeift sich was um die Kapitulation seiner Fundamentalopposition, macht keinen Burgfrieden mit den Ex-Kombattanten, er schießt. Wolfgang Grams mußte 1993 in Bad Kleinen sterben, auch er hatte längst den »bewaffneten Kampf« aufgegeben. In den Spezialabteilungen der bundesdeutschen Hochsicherheitsknäste sitzen, und das zum Teil seit 20 Jahren, noch immer acht ehemalige RAFler, die nach einer jüngsten Stellungnahme der Bundesanwaltschaft auch so lange einsitzen sollen, bis sie die Betonkrätze kriegen.

Horst Ludwig Meyer wußte, was ihm blüht, wenn er seinen Häschern in die Hände fällt (Foto). Vielleicht hat er deswegen zur Waffe gegriffen. Angesichts der Erbarmungslosigkeit, mit der die Sieger mit ihren aufgabewilligen Gegnern umgehen, kann man ihm das durchaus nicht verdenken. Alles andere - UN-Gebäude überfallen oder Banken ausrauben - wie die Häscher jetzt kundtun, ist ebenso Spekulation wie jene, das Klump und Meyer verantwortlich seien für die Anschläge in den 80er Jahren. Die RAF existiert nicht mehr. Horst Ludwig Meyer und Andrea Klump hatten nur noch ein Ziel: zu leben.

Kommentar von Till Meyer (junge welt)/AP-Foto: Peter Schaffer

NPD-Wahlkampf in Thüringen

Nachdem die Thüringer "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) sich durch organisatorische Fehler nicht an der vergangenen Bundestagswahl beteiligen konnte, startete sie umso stärker in den Thüringer Landtagswahlkampf. Neben Infoständen sollten vor allem Demonstrationen in Eisenach und Gera für die entsprechende Öffentlichkeit sorgen.

1. Kundgebung in Eisenach

In Eisenach sollte am 14. August 1999 eine Kundgebung unter dem Motto "Jugend in den Landtag. Wir sind die echte Opposition". den Auftakt zum NPD-Wahlkampf bilden. Erwartet wurden 500 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Angemeldet hatte die Kundgebung der Eisenacher Neonazi Patrik Wischke (Am Gebräun 16, 99817 Eisenach). Als Hauptredner sollten Christian Worch, Neonazikader aus Hamburg und der Chemnitzer Prof. Michael Nier sprechen. Doch daraus wurde nichts. Die Stadt Eisenach verhängte am Samstag Vormittag eine zweite Verbotsverfügung, nachdem das zuvor erlassene Verbot vom Oberverwaltungsgericht Weimar aufgehoben worden war. Neue Erkenntnisse der Behörden dienten als Anlaß für die zweite Verbotsverfügung. Grund hierfür wird der Tod von Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, am Vorabend des geplanten Neonaziaufmarsch gewesen sein. Eine antisemitische Freudenfeier in der Stadt der "deutschesten Burg aller Burgen" (Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel, CDU) nur einen Tag nach dem Tod, hätte wohl bundesweit und international für Aufsehen gesorgt und dem Image der BRD geschadet.

Nach Bekanntwerden des geplanten Aufmarsches mobilisierten AntifaschistInnen zu einer Gegendemonstration mit dem Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern. Stadtverwaltung und Polizei verbannten die aktiven AntifaschistInnen an die Werner-Aßmann-Halle um so möglichen Konfrontationen vor zu beugen.

Patrik Wischke wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag von der Polizei in der Wohnung seiner Eltern verhaftet. Er hatte seine Mutter zusammengeschlagen. Auf der Autobahn zwischen Apolda und Weimar wurde in einer Polizeikontrolle Christian Worch (unterwegs mit einem roten Golf, HH-RJ 2257) festgenommen und nach Jena verbracht.

Einzelne Neonazis, darunter André Kappke ("Thüringer Heimatschutz"), konnten trotz Verbot in die Stadt gelangen. Zu spontanen Aktionen kam es nicht. Die Polizei verteilte Platzverweise für das gesamte Stadtgebiet. Davon betroffen waren auch AntifaschistInnen, die zu einer Gegendemonstration wollten. "Uns wurde gesagt, daß auch die antifaschistische Demonstration verboten sei. So wurde von Seiten der Polizei versucht, den antifaschistischen Widerstand klein zu halten" äußerte sich ein angereister Antifaschist.

Für Menschen, die ein auffälliges und alternatives Outfit hatten, war es am Mittag und frühen Nachmittag nicht möglich, die Eisenacher Innenstadt zu erreichen oder zu passieren, ohne sich einer Polizeikontrolle unterziehen zu müssen. Wer in die Nähe des DGB-Gebäudes kam, dem stellte die Polizei einen Platzverweis aus.

"Daß der Naziaufmarsch verhindert wurde, ist auch ein Erfolg derjenigen, die sich nicht mit einer Gegendemonstration in einem zwei Kilometer entfernten Stadtteil abgeben wollten", so ein Antifaschist. Autonome AntifaschistInnen hatten zur Besetzung des Karlsplatzes aufgerufen, um so den Naziaufmarsch zu verhindern. Dies hätte öffentlichen Druck erzeugt.

Holger Apfel (NPD-Bundesvorstand) 2. von links und Tino Brandt (Thüringer Heimatschutz) 2. von rechts bei der NPD-Demo in Gera

Es müsse darauf ankommen, Neonazis keinen öffentlichen Raum zu überlassen. Parteien und Kirchen dürften beim reinen Lippenbekenntnis, sich gegen Rechts zu wenden, nicht verharren. Ein breiter Konsens gegen Rechts und dessen Umsetzung überall sei nötig.

"Wir bedauern es sehr, daß sich der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach und fast alle etablierten Parteien nicht öffentlich gegen eine Neonazikundgebung positioniert haben," kommentierte ein Vertreter des Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität den Samstag. Es komme nicht nur darauf an, faschistische Aufmärsche zu verbieten und dies mit angeblichen Sicherheitsbedenken zu begründen. Vielmehr müsse öffentlich eine inhaltliche Positionierung, gegen Faschismus und Rassismus erfolgen.

2. Demonstration in Gera

Nach dem mißlungenen Aufmarsch in Eisenach, führte die NPD am 4. September 1999 in Gera eine Demonstration mit 350 Neonazis durch. Sie stand unter dem Motto "Nationale Politik ist Politik für´s Volk". Die teilnehmenden Neonazis aus Thüringen (Gera, Weimar, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Jena, Gotha) wurden von einzelnen Neonazis aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg unterstützt. Als Hauptredner traten Holger Apfel (NPD-Bundesvorstand) und Steffen Hupka auf.

Unter dem Schutz von 2000 PolizistInnen und BundesgrenzschützerInnen konnte der Aufmarsch weitgehend ungestört durch die Geraer Innenstadt verlaufen.
Die mit mehreren Wasserwerfern, Räumpanzern, geländegängigen Räumfahrzeugen und Hubschrauber präsenten Polizeieinheiten aus Thüringen, Bayern und Niedersachsen hatten die Lage weitgehend unter Kontrolle.

Eine von PDS und Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) angemeldete Kundgebung wurde von der Polizei abgeschirmt. An einem Friedensgebet, zu dem auch der parteilose Oberbürgermeister von Gera aufegrufen hatte, waren 500 Menschen gekommen. AntifaschistInnen konnten nur vereinzelt in die Nähe der NPD-Demonstration gelangen und wurden, sobald sie Ihren Protest äußerten, von Polzeikräften abgedrängt. In der örtlichen Presse war von insgesamt sieben Festnahmen die Rede.

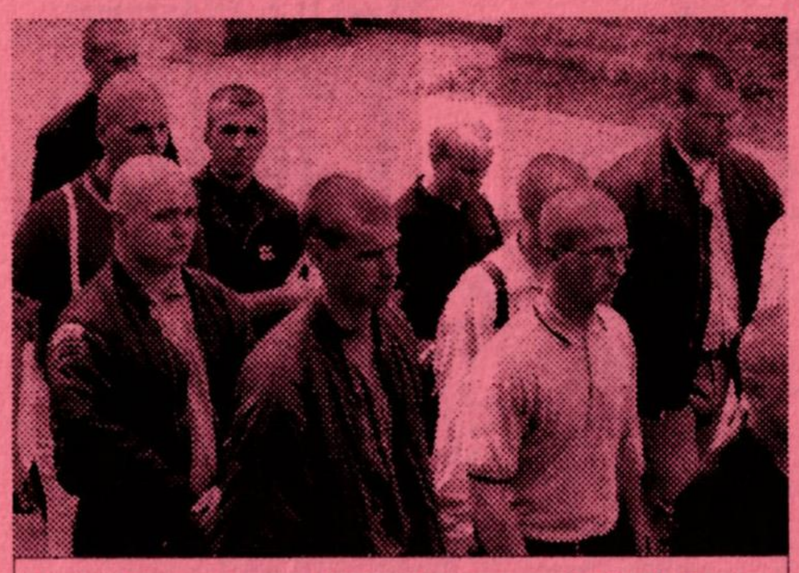
Als Erfolg dürfte der Aufmarsch durch die Neonazis gewertet werden. Zumindest André Kappke war außer sich vor Freude über den Ablauf der Demonstration. Euphorisch bot er einer Spitzenkandidatin der Thüringer Bündnisgrünen das Megaphon, als diese fassungslos am Rand der Demonstration stand. Ihr tatenloser Kommentar zum Geschehen: "Das darf doch nicht wahr sein!"

Emil Wüst

Gefährliche Sache: Urinieren an eine Hauswand

Zum Gedenken an den Neonazi-Kader Andreas Otto (Unterfranken) marschierten am 7. August 1999 450 Neonazis durch Bad Berka (Thüringen, Lkr. Weimarer Land).

Otto war am 30. Juli 1999 von einem 43jährigen Anwohner beim "urinieren an eine Hauswand" und einem anschließenden Streit erstochen worden. Er hielt sich im Rahmen eines "Treffens Nationaler Jugendlicher" in Thüringen auf. Der Getötete sei in der rechten Szene aktiv gewesen und habe auch Skinheadtreffen organisiert, ließ der Verfassungsschutz Thüringen verlauten.



Auch Eisenacher Neonazis waren in Bad Berka: Roberto Arndt (1. von links), Chris Görner (1. von rechts), Patrik Wischke (rechts neben Görner, Kopf halb verdeckt), Christoph Pabe (hinter Wischke und Görner)

Zu der überregional mobilisierten Demonstration (u.a. durch das "Nationale Info-Telefon Hambung; Thule-Netz) erschienen hochrangige Größen wie z.B. Ralf Tegetoff (Kameradschaft Rhein-Sieg, ex-FAP, ex-Winking Jugend) und Frank Schwerdt (Vorsitzender NPD-Brandenburg).

Es steht zu befürchten, daß mit dem Totschlag die Neonaziszene wieder um einen Märthyrer reicher geworden ist. ❑

Feindbestimmung

Feindbilder wollen gepflegt werden. Ein Lieblingsfeind des Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten Helmut Roewer ist der Journalist Rainer Fromm, der gelegentlich auch für das Fernsehmagazin Kennzeichen D arbeitet. Der hatte nicht nur wiederholt nachgewiesen, dass die Schlapphüte in Thüringen - wenn es die extreme Rechte betrifft - recht dürftig informiert sind, sondern war auch Roewer selbst angegangen. Gründe gibt es genug: Herausragendes Beispiel ist eine Veranstaltung in Jena, wo Roewer gefordert hatte, man müsse "über die schlechten und die guten Seiten" des Dritten Reiches sprechen (Jungle World, Nr. 29/99).
Neben Fromm hat Roewer noch andere Feinde: den thüringischen DGB, weil der seinen sofortigen Rücktritt fordert, die PDS, die sich ebenfalls für seine Entlassung einsetzt, den Landesflüchtlingsrat, kurz: alles, was sich links von ihm befindet. Die Junge Freiheit lobt, dass der Thüringische VS "intensiv den Linksextremismus im Visier" hat.

Toleranter sind Roewer und seine Untergebenen, wenn es um die extreme Rechte geht. Dann gilt: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. So mußte es auf Gefallen stoßen, daß Hauptfeind Fromm in der Zeitung des Arbeitskreises Christlicher Publizisten (ACP) als "Meister der Manipulation" bezeichnet wurde. Als weitere Empfehlung mochte gelten, daß auch Landesvater Bernhard Vogel zu den Unterstützern des ACP zählt.
Die Thüringer Sektenbeauftragten betrachten den ACP weniger freundlich. Sie warnen vor ihm, da er mit sogenannten Sekten und Psychogruppen zusammenarbeite. Aus dem ehemaligen Bundesminister Theodor Oberländer, der wegen seiner NS-Vergangenheit zurücktreten mußte, wird bei den "christlichen Publizisten" ein Widerstandskämpfer. Ober-Rep Rolf Schlierer wird freundlich interviewt, der Braunzonenaktivist Wilfried Böhm schreibt regelmäßig Beiträge für die ACP.
Es erstaunt nicht, wenn dort jetzt gefragt wird: "Kennzeichen D. Manipulation?" Ungewöhnlich ist, daß es erläuternd heißt: "Der folgende Beitrag ging uns vom Landesamt für Verfassungsschutz (Erfurt) zu."
Dort ist man peinlich berührt. Das Landesamt, erklärt ein Sprecher für Öffentlichkeitsarbeit, habe "lediglich" einen Bericht des ACP-Vorsitzenden Heinz Matthias "sachlich korrigiert" und zurück geschickt. Dieser sei informiert worden, daß man die Kampagne gegen Fromm "nicht so hoch hängen wolle".
An juristische Maßnahmen gegen den ACP denkt man in Erfurt nicht. Der Vorgang sei "unglücklich" und solle "geprüft" werden. Warum eigentlich? Man hat sich doch nur an die Vorgabe des NS-Staatsrechtlers Carl Schmitt gehalten, daß das Wesen der Politik in der Bestimmung des Hauptfeindes liege.

Aus Jungle World, Nr.37/99
von Andreas P. Zaleshoff

TKDV-Prozess in Hersbruck

Ronny aus Erfurt hatte sich Mitte 1998 unerlaubt und dauerhaft von seiner "Zivil"dienststelle entfernt. Am 20.6.99 fand in Hersbruck die Gerichtsverhandlung wegen Dienstflucht statt. Wir, ca.40 UnterstützerInnen aus Thüringen haben Ronny begleitet. Erfreulich war das hohe öffentliche Interesse an dieser -in Hersbruck wohl erstmalig zu betrachtenden- Veranstaltung. Außer uns waren zahlreiche ehemalige KollegInnen von Ronny´s Dienststelle, die lokale Presse und zahlreiche PolizistInnen (um uns vor rachsüchtigen Soldaten zu beschützen?) anwesend.

Im Gerichtssaal konnte Ronny in einem über 90 Minuten dauernden Einlass die Beweggründe für seine totale Kriegsdienstverweigerung darlegen. So hörten wir von seiner religiös begründeten pazifistischen Überzeugung, von aktuellen politischen Beispielen für die Unsinnigkeit gewalttätiger Eingriffe, vom Alltag eines Systems voller Rassismus, Sexismus und Ausbeutung (Den vollen Text gibt es per Email von pakt@stud.fh-erfurt.de - einfach Subject "Einlass" angeben). Abschließend forderte Ronny für sich die Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis, um zu zeigen, daß Bestrafung für ihn NIEMALS ein Grund ist, das Richtige zu unterlassen. Dies hätte eine Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht nötig gemacht, für die sich Ronny auch aufrichtig einsetzte.

Der Staatsanwalt hielt daraufhin eine kurze Rede über Frieden, Freiheit, Demokratie, Deutschland, Grundrechte und die Grenzen derselben, die Ronny zu verletzen gewagt hatte. Seiner Strafmaßzurechnung von 300 Arbeitsstunden wollte sich der Richter nicht anschließen und verurteilte Ronny zu 180 Arbeitsstunden, die Ronny natürlich nicht ableisten wird, da er (tatsächlich) immer noch davon überzeugt ist, daß die Weigerung, an der Vorbereitung von organisiertem Massenmord teilzunehmen, nicht falsch sein kann.

Neben den Ereignissen im Gerichtssaal haben wir auf dem Marktplatz ein Straßenfest gefeiert und mit Musik, Theater, Kunst, Plakaten, Transparenten und einer Bilderwand auf den Prozess und die Greuel des Krieges aufmerksam gemacht. Zahlreiche Vertreter der Staatsmacht (vom cholerischen Mitarbeiter des Bürgermeisters über zwei unauffällige Männern mit Klemmblock und Sofortbildkamera, die jede Bewegung minutiös protokollierten, bis zum vorgeblichen Sympathisanten, der sogar eine Kontaktadresse für TKDV-Material von uns bekam, sich aber leider bis heute nicht gemeldet hat) zollten der Aktion die gebührende Aufmerksamkeit. Und auch zahlreiche HersbruckerInnen waren sehr interessiert.

Schließlich waren wir -wie wir später aus der Lokalpresse erfuhren- gekommen, um den Verkehr zu blockieren und uns Straßenschlachten mit der Polizei zu liefern.....PazifistInnen halt. ❑

Nazis wollen am 9. November in Göttingen marschieren! Antifaschistischer Widerstand angekündigt!

Laut einer Ansage des "Nationalen Infotelefons" (NIT) Karlsruhe ist für den 9. November 1999 ein faschistischer Aufmarsch in Göttingen geplant. Die Neonazis wollen in der Leinestadt gegen "Justizwillkür und roten Terror" protestieren, außerdem richtet sich der Aufmarsch unmittelbar gegen die Autonome Antifa [M]. Eine Sprecherin der Autonomen Antifa [M] kündigte an, daß diese Dreistigkeit nicht widerstandslos hingenommen werde, Gegenaktionen seien bereits in Planung. Desweiteren ruft Autonome Antifa [M] alle fortschrittlichen Menschen in Göttingen und Umgebung dazu auf, den Faschisten am 9. November zu zeigen, daß sie in Göttingen nicht geduldet sind.

Seit dem 8. September befindet sich folgender Ansagetext auf dem NIT Karlsruhe (Tel.-Nr.: 07 21/9 51 05 35) :

"Am 9. November besucht der nationale Widerstand die Heimatstadt der Autonomen Antifa [M] in Göttingen. Diese Demonstration gegen Justizwillkür und roten Terror ist für jeden Nationalisten ein Muß."

Da das NIT Karlsruhe aus dem Spektrum der sog. "freien Kameradschaften" betrieben wird, steht zu vermuten, daß dieser Aufmarsch in unmittelbaren Zusammenhang mit der Verurteilung des Anführers der "Kameradschaft Northeim", Thorsten Heise, am 29. Juli 1999 zu 6 Monaten Gefängnis steht.

Eine ganz besondere Provokation ist die Ankündigung eines faschistischen Aufmarsches am 9. November, egal in welcher Stadt dieser stattfinden soll. Der Jahrestag der Pogromnacht 1938, des gescheiterten Hitler-Putsches 1923 und der Novemberrevolution von 1918 muß für faschistische Aufmärsche absolut tabu bleiben. Daher wird die Autonome Antifa [M] bundesweit zu den Gegenaktionen mobilisieren. Diese stehen unter dem Motto: "Faschisten bekämpfen! Alle zusammen - auf allen Ebenen - mit allen Mitteln!"

Eine Sprecherin der Autonomen Antifa [M] erklärte: "Faschisten jeglicher Couleur haben seit Jahrzehnten einen schweren Stand in Göttingen. Auch am 9. November werden sie merken, daß Göttingen ein verdammt schlechtes Pflaster für sie ist."

❑

Termine/Termine/Termine

1. Oktober

"Tag des Flüchtlings"
19.00 Uhr, Erfurt, Offenen Arbeit, Allerheiligenstr. 9

"Ein Jahr Rot-Grün - ein Jahr Stagnation in der Asylpolitik: Wie weiter in der Flüchtlingsarbeit?"
Diskussionsveranstaltung mit Berns Mesovic, Pro Asyl, und Vertreterlnnen von Flüchtlingsinitiativen aus Thüringen

2. Oktober

Köln "Köln stellt sich quer - Schmeißt die Nazis wieder raus! Stoppt den Aufmarsch am 2.10."
10.00 Uhr, Waidmarkt, Köln, Info´s: 0221-9526359

Göttingen "es ist zeit für den revolutionären antifaschismus"

10.00 Uhr, Marktplatz agit-prop-aktion

14.00 Uhr, Marktplatz Demonstration

15.-17.Oktober

"Wir wollen uns weh tun..." Antisemitismus im Aufwind
Wochenendseminar, Info´s bei: Junge Linke LV Thüringen, PF 1224, 07310 Saalfeld, Tel.: 03671-530183

"Ist Rot doch gleich Braun? Zur Renaissance und Radikalisierung der Totalitarismustheorie" mit Prof. Dr. W. Wippermann
Wochenendseminar, Info´s bei: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Tel.: 0361-217270

6. November

"kulturSTÖRUNG"
9. Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Weimar
10.00 Uhr Mahngang/Demonstration "Courage zeigen, Aufrecht gehen, nicht im Gleichschritt marschieren
12.00 Uhr Ratschlag in der Mensa der Uni
20.00 Uhr Theater/Konzert in der Mensa der Uni
Info´s: LAG, c/o DGB-Bildungswerk, Rudolfstr. 47/E2, 99092 Erfurt, Tel.: 0361-2172711

5.september: die raf entführt hanns martin schleyer und erschießt drei seiner begleiter

Die RAF hat die Stellvertreterpolitik der radikalen Linken dadurch auf die Spitze getrieben, daß sie sich selbst als das revolutionäre Subjekt setzte. Sie hat das Denken in Kategorien der Ausgrenzung und der Konfrontation bis an das grausige Ende geführt. Sie hat die Gewaltanwendung als vorgebliches Instrument der Emanzipation zum Fetisch gemacht.

RAF in the sky with guns

Sie hat den Staat gezwungen, sich zu zeigen.

„Ein Terrorist kann schon einer sein, der Baader–Meinhof-Gruppe statt Baader-Meinhof-Bande sagt."
(Bernhard Vogel, damaliger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz)

Nirgends in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich das wahre Gesicht dieses System so deutlich gezeigt wie in der Verfolgung der RAF.
Daß diese Demokratie im Krisenfall blitzschnell außer Kraft gesetzt und von einem Quasi-polizeistaat ersetzt werden kann.
Daß diese Demokatie somit nur formal besteht.
Daß dem nicht so ist, hätte er ZEIGEN müssen.
Der Staat aber benutzte das SAGEN, die „Meinungsfreiheit" für Berufsverbote.
Für die Verfolgung des sogenannten „Sympathisantensumpfes".
So bestehen die Ursachen, die zur Gründung der RAF führten, fort:

Wir sind uns heute sicher, daß sie sich für den Tod Schleyers, für die Möglichkeit, fast 100 Leute in Mogadischu in die Luft fliegen zu lassen, entschieden haben und sich entschlossen haben, die Stammheimer Gefangenen zu liquidieren, weil sie wirklich gehofft und geglaubt hatten, daß damit ein für allemal oder jedenfalls für die nächsten Jahre Schluß ist. (...)
Sie hätten es fast geschafft – aber die Ironie ist, daß sie genau dadurch eine Situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren Bedingungen weiterkämpfen konnten. In dieser äußersten Anstrengung, in der es für sie keine Grenzen mehr gab, durch die Niederschlagung der Offensive 77, die sie wie nichts vorher an der Gurgel hatte, unser Ende herbeizuführen, **waren sie gezwungen, zum reinen starken Staat zu werden, die Unterwerfung des gesamten oppositionellen Spektrums zu erzwingen, jede auch nur kritische Geste niederzuwalzen und sich als unentrinnbarer Apparat der Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen gegenüberzustellen.**

Rote Armee Fraktion, Mai 1982

German Autumn

wir erinnern:

Am 5. September 1977 entführt das „Kommando Siegfried Hausner" den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, wobei drei Sicherheitsbeamte und der Fahrer Schleyers getötet werden. Das Kommando fordert die Freilassung von 11 RAF-Gefangenen. Schleyer soll freigelassen werden, wenn die Gefangenen in ein Land ihrer Wahl ausgeflogen werden. Schleyer als Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände (BDA) und Vorstandsmitglied von Daimler-Benz war eine der mächtigsten Persönlichkeiten der BRD, mit einer von der Presse immer verschwiegenen Nazikarriere. Mit 16 ist er der faschistischen Bewegung beigetreten. Als Leiter des NS-Studentenwerks war er an der Gleichschaltung der Universitäten und der Entfernung der jüdischen und antifaschistischen StundentInnen beteiligt. Später wurde er Leiter des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren und war dort für die deutsche Kriegswirtschaft zuständig.
Trotz Schleyers Führungsposition ist die Regierung zu keiner Zeit bereit, auf den vorgeschlagenen Austausch einzugehen. Schleyer soll befreit werden. Es wird eine totale Nachrichtensperre verhängt. Den politischen Gefangenen wird jeglicher Kontakt, auch zu den Anwälten untersagt, Radio und Zeitungen werden entzogen. Die Gefangenen sind gänzlich dem Staat ausgeliefert, der in Erwägung zieht, Gefangene zu erschießen, jeweils einen für jeden Toten, den es draußen gibt.

Gleichzeitig wird eine totale Fahndung eingeleitet. An wichtigen Verkehrsknotenpunkten werden Datenfunkstationen aufgestellt, über die alle vorbeifahrenden KraftfahrerInnen im Alter zwischen 20-35 über Interpol abgefragt werden. Das BKA verlangt Vertragsdurchschläge von allen in der BRD gekauften Pkws, in Köln werden alle Stromabnehmer auf ihre polizeiliche Meldung hin überprüft.

Am 13.Oktober 77 wird die Lufthansa-Boing 737 „Landshut" mit 86 Passagieren auf dem Flug Mallorca - Frankfurt von einem palästinensischen Kommando entführt. In der Nacht zum 14. wird die Verbindung zur Schleyer-Entführung mit dem Eingang eines Ultimatum deutlich. Es wird die Freilassung der 11 RAF Gefangenen gefordert, die Freilassung von zwei Gefangenen aus der „Front for the Liberation of Palestina" aus einem türkischen Gefängnis und 15 Millionen US-Dollar für die Freigelassenen. Falls diese Forderung nicht erfüllt wird, würden Schleyer, die Passagiere und Besatzung der Landshut getötet. Die Regierung lehnt die Freilassung ab.

In der Nacht zum 18.Okt. wird die Landshut auf dem Flughafen von Mogadischu durch die GSG9 erstürmt. Die Mitglieder des Kommandos werden, bis auf eine Schwerverletzte, getötet. Am Morgen des 18.Okt. werden A. Baader und G. Ensslin tot, J.C. Raspe und I. Möller schwerverletzt in ihren Zellen aufgefunden. Raspe stirbt wenige Stunden später. Sofort wird die offizielle Version des Selbstmordes verbreitet, obwohl erhebliche Unstimmigkeiten in den folgenden Untersuchungen aufgedeckt werden.
Irmgard Möller sagt als einzige Überlebende aus: „Für uns war klar, Selbstmord ist nicht Sache. Wir sind entschlossen zu kämpfen...Ich habe mir die Verletzungen nicht selbst beigebracht."
(Messerstiche direkt neben dem Herzen) Sie hatte geschlafen und war erst im Krankenhaus aus einer Bewußtlosigkeit aufgewacht. Die Gefangenen befanden sich seit sechs Wochen in strenger Isolation.

Am 19.Oktober 77 erhält die Redaktion einer französischen Zeitung ein Schreiben mit Ortsangabe des toten H-M Schleyer: **„Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker in Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos."** Im Rahmen der Fahndungen werden nun keine Gefangenen mehr gemacht, sondern quasi Hinrichtungen vollzogen: erschossen werden Willy Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth von Dyck. Der siebente Stock in Stammheim wurde abgehört, die Bänder, wichtiges Zeugnis in der Frage Mord oder Selbstmord sind bis heute nicht veröffentlicht.

White Room

Die Gefangenen der RAF werden in verschiedenen Gefängnissen vollständig isoliert. Ulrike Meinhof wird im „Toten Trakt", d.h. einem leeren, unbelegten, räumlich isolierten Trakt der JVA Köln-Ossendorf eingekerkert. Sie wird von jeglicher Außenwelt akustisch und visuell abgeschnitten. Ihre Zelle ist vollständig, d.h. jede Einrichtung und Wände bis auf die Zellentür weiß gestrichen: Verboten ist, Bilder, Kalender o.ä. an die Wände zu hängen. Das Fenster läßt sich nicht, später nur einen winzigen Spalt öffnen, davor engmaschige, kaum durchsichtige Fliegengaze. Die Neonbeleuchtung wird nachts nicht abgeschaltet.Im Winter ist die Zelle permanent unterkühlt.

Zu den Wirkungen dieser wissenschaftlich ausgeklügelten „Weissen Folter" schreibt Ulrike Meinhof in einem Brief: „Das Gefühl, es explodiert einem der Kopf... Das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepreßt, das Gefühl, das Gehirn schrumpelt einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B., das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert – das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt – das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib... das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen...Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen – das Gefühl, man verstummt – man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten-...Kopfschmerzen, Flashs – Satzbau, Grammatik, Syntax – nicht mehr zu kontrollieren.
Beim Schreiben: zwei Zeilen – man kann am Ende der zweiten Zeile den Anfang der ersten nicht behalten. Das Gefühl, innerlich auszubrennen... Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschance hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln; Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war. (...) Das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden."

kein mensch ist illegal

Bericht vom Anti-Grenzcamp bei Zittau

"Das Gefühl jedoch, sich auf feindlichem Terrain zu bewegen, blieb, und die Erfahrung, eigentlich alle und alles gegen sich zu haben, begleitete einen auf Schritt und Tritt." (I.u.p.u.s.)

So oder so ähnlich könnte man die Erfahrungen der TeilnehmerInnen des Grenzcamps der Kampagne "kein mensch ist illegal" (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/camp) resümieren, das vom 7. Bis zum 15. August 1999 im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien stattfand. Gut organisierte Neonazi-Strukturen, eine weitgehend denunziationswillige Bevölkerung und eine durch den Bundesgrenzschutz fast lückenlos überwachte Grenze, gaben den AktivistInnen der Kampagne reichlich Interventionsmöglichkeiten: Demonstrationen, Grenzspaziergänge, Agit-Prop-Aktionen und Kommunikationsguerilla. Jeder Tag stand unter einem anderen Motto. Von A wie "Tag des Antifaschismus", über "Grenze Wohlstand-Armut" bis Z wie "Tag des Zorns" hatten alle angereisten Gruppen Zeit, sich einzubringen und etwas eigenes auf die Beine zu stellen.

Die Open-Air-Disco in der Abschlussnacht lief bis morgens um sechs Uhr. Erst in Staubwolken und dann trotz Regenschauern. Es wurde durchgetanzt, die Stimmung war bestens. Dazu gab es einigen Grund, denn eine anstrengende Woche war doch in vielerlei Hinsicht sehr positiv verlaufen.

"Kein Camp ist illegal" - sehr kurzfristig wurde erst wenige Tage vor Campbeginn klar, daß die Behörden einen Dreh gefunden hatten, die Nutzung des lange angemieteten Platzes zu untersagen: Landschaftsschutz und die Sorge um die Aufzucht der Wiesenrallen. Doch erfreulich viele Leute reagierten ebenfalls kurzfristig und reisten bereits am Freitag an. Weit über 100 Leute machten schon am ersten Abend deutlich, daß sie auf jeden Fall bleiben würden. Folge war ein von der Polizei vermitteltes Ausweichgelädnde für einen (!) Tag. Daß schließlich behördlicherseits ein Ersatzplatz für die gesamte Woche angeboten wurde, hing sicherlich nicht zuletzt damit zusammen, daß Samstag weitere 2 - 300 TeilnehmerInnen ankamen. Durchschnittlich etwa 500 AktivistInnen haben dann während der gesamten Tage im Camp ihr Zelt aufgeschlagen, über 1000 Leute mögen insgesamt teilgenommen haben. Eine gelungene Mobilisierung also, die sich natürlich enorm auf die Handlungsmöglichkeiten auswirkte. Eine eher als Belagerung anvisierte Aktion gegen eine BGS-Station beispielsweise konnte sich mit 200 Beteiligten zu einer dreistündigen Blockade entwickeln. Zudem hatten mehr Gruppen jeweilige Aktionen vorbereitet, sich um die Erweiterung der Infrastruktur gekümmert (Campradio, Webjournal..) und vor allem bot sich ein wesentlich gestärkteres Schutzgefühl gegenüber möglichen Faschoattacken.
Erfreulich in der Mobilisierung, daß viele junge Leute aus ostdeutschen Städten gekommen waren. Das Camp war breites Thema und in vielen Gesprächen wurde klar, daß es als Kontrapunkt gegen die dominante rechte und rassistische Stimmung Bedeutung gewinnt.

Eine Reihe netter Anekdoten haben sich während der Woche gesammelt, in denen sich "NormalbürgerInnen" solidarisch zeigten: Mit Essensspenden, (oft versteckter) Zustimmung oder guten Tips. Auch ist wie schon im vergangenen Jahr festzuhalten, daß die Campzeitung überraschend viele InteressentInnen oder zumindest Aufgeschlossene fand. Doch überwiegend und prägend bleiben zweifellos die Erfahrungen mit der Verständnislosigkeit bis Feindlichkeit der großen Mehrzahl derer, die wir mit unseren Forderungen nach "Offenen Grenzen" und "kein mensch ist illegal" konfrontierten. Bisweilen entstand der Eindruck, daß der Schulterschluß mit dem BGS um so demonstrativer vorgenommen wurde. Alles in allem ein - notwendigerweise! - widersprüchliches Bild in der Einschätzung der Außenwirkungen. Die Tatsache, daß eine Woche trotz aller regionalen Schlagzeilen schnell vergänglich bleibt, relativiert das Ganze zusätzlich. Oder es motiviert, im nächsten Sommer Camp Nr.3 zu organisieren: erneut einen Kontrapunkt zu setzen, zu "verstören", weil es nötig ist, gerade an der Grenze, wo die Menschenjagd so alltäglich ist.

Allein siehts schlecht für AntifaschistInnen in Zittau aus.

Kurze, unvollständige Aktionschronologie

Freitag:
Pressekonferenz; Anreise wird auf einem Parkplatz vor dem angemieteten Gelände in Lückendorf gestoppt; ca. 100 Leute, darunter mehrere Bauwägen und die Wendlandvolksküche, richten sich auf dortige Übernachtung ein, als von der Polizei ein Ausweichplatz angeboten wird; als Demokonvoi wird am späten Abend ein altes NVA-Gelände bei Zittau in Beschlag genommen.

Samstag:
Das Gelände sollte bis 12 Uhr verlassen sein, ansonsten Räumungsdrohung; im Plenum wird beschlossen, dennoch den vorbereiteten Demomove vom Zittauer Marktplatz zur Grenze durchzuführen, ein Teil bleibt auf dem Gelände; dann die offizielle Verlängerung bis Montag Vormittag; ab 13 Uhr Demomove mit MusikerInnen und ca. 300 Beteiligten Richtung Grenze; Zusammentreffen mit polnischen Aktivis-

tInnen, kurze Blockierung des Grenzübergangs; Ersatzplatzangebot der Behörden wird akzeptiert und abends Konzert.

Sonntag:
Umzugsdemonstration zum neuen Platz; ständige Besucher werden auch einige Bewohner des Flüchtlingsheims: schon im Vorfeld informiert, gewinnen diese Kontakte eine ganz eigene Dynamik durch die am Camp beteiligte Delegation der afrikanischen Selbstorganisation The Voice aus Jena, u.a. wird ein Forderungskatalog zu den unzumutbaren Lebensbedingungen im Wohnheim entwickelt.

Montag:
Ab 13 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz von Zittau mit Beiträgen zu den in den Unfalltod gejagten Flüchtlingen von Freiberg, von polnischen Aktivisten, von The Voice gegen Abschiebungen, zum Tod eines algerischen Mannes nach einer Verfolgungsjagd durch Nazis in Cottbus, sowie ein Theaterstück zur Kriminalisierung der Taxifahrer;
am Ende der Kundgebung kam es in einer Nebenstraße zu einer Auseinandersetzung mit (rechten) Jugendlichen, danach Festnahme von drei CampteilnehmerInnen; anschließende Spontandemo zur Freilassung vor das Polizeirevier mit einer folgenden Blockierung des anliegenden Stadtrings; es folgt ein größerer Polizeieinsatz, um die DemonstrantInnen abzudrängen, reichlich Aktivbürger pöbeln mit; schließlich Abzug der Demo;
Abends Theaterstück im Camp, in dem gleichermaßen treffend wie witzig verschiedene Charaktermasken über die Perspektiven von "kein mensch ist illegal" diskutiert werden.

Dienstag:
Um 13 Uhr Neissespaziergang mit Einrichtung einer Floßfähre von Frauen-Lesben; der Grenzübergang bei Lückendorf wird symbolisch aufgehoben; um 17 Uhr finden sich zunehmend mehr Menschen vor dem Eingang der "Grüne-Grenze-Station" des BGS in Hirschfelde ein, um deren Schichtwechsel zu belagern; die stetig wachsende Anzahl ermöglicht schließlich eine dreistündige Blockade, erst einem bis dahin zusammengezogenen, größeren Polizeiaufgebot wird ausgewichen und zum Camp zurückgekehrt.

Mittwoch:
Zur Sonnenfinsternis werden für die Toten an der Grenze Holzkreuze auf dem Zittauer Marktplatz aufgestellt; Demo(versuch) und Zeitungsverteilung an der Jonsdorfer Sternwarte; Tags zuvor hatten neutrale Plakate zu einer Fimvorführung über die Bedeutung der Sonnenfinsternis für Deutschland eingeladen, den ca. 50 BesucherInnen wurde darin wissenschaftlich erklärt, warum die Finsternis über Deutschland anhalte, wie es daraufhin kalt und kälter würde, so daß zunehmend mehr Deutsche in die Nachbarländer zu fliehen versuchten, doch diese machen ihre Grenzen dicht! Der Abspann erklärt alle Flucht- und Migrationsgründe für berechtigt und fordert "kein mensch ist illegal", anschließend kommt es zu kontroversen, doch offenen Diskussionen.

Schieber und Schlepper bei der Arbeit durch die Innenstadt von Zittau.

Donnerstag:
Auf offener Strecke wird die Schmalspurbahn von RäuberInnen mit Transparenten (Zug um Zug gegen Abschiebungen) gestoppt und besetzt, Fahrgäste werden mit Goldtalern und Fluchtballons beschenkt; anschließendes Würfelspiel auf dem Marktplatz in Zittau und Demo zum Landratsamt, das für die Situation im Zittauer Flüchtlingslager verantwortlich ist; Abschlußkundgebung vor dem Wohnheim;
Abends gut besuchte Veranstaltung mit einem ehemaligen KZ-Häftling aus Polen.

Freitag:
Antifaaktionen mit einem Autokonvoi zunächst nach Ostritz gegen das Neisseblickhotel, das von "bunten Terroristen" (NPD-Zitat) farbeirig hinterlassen wird, dann nach Görlitz zu weiteren Ortsbesichtigungen; schon im Laufe der Woche wurden verschiedene Antifaaktionen bekannt: Fäkalien in einer Anwaltskanzlei eines NPD-Funktionärs, Flugblätter in Briefkästen der Nachbarn sowie bestellte Waschmaschinen und ausgewechselte Schlösser bei einem anderen; (leider kam es in den ersten Tagen auch zu Panneaktionen, als einige Leute wohl angesichts am Camp vorbeirasender und Faschosprüche grölender Typen jegliches Differenzierungsvermögen verloren. Allein kurze Haare wurden zum Anlaß für direkte Attacken, die zumindest in einem Fall völlig daneben gingen.)
Nachtspaziergänge an der tschechischen Grenze; gleichzeitig ein Feuerspektakel mit erneut fast 200 Personen durch die Zittauer Innenstadt mit einer Extravorstellung für die BewohnerInnen des Flüchtlingswohnheims.

Samstag:
Die Burg Oybin, das touristische Wahrzeichen der Region, wird zur Festung Europa erklärt: Transparente an den Burgmauern, Eingangskontrollen, Jagd auf Illegale im Burginnern; Nachttanzparty im Camp.

Sonntag:
Abbau und Abreise, letzter Umzug durch Zittau mit kurzem Zwangsstop durch nervöse Polizei; späterhin werden Bauwägen verkehrsrechtlich stillgelegt und mit Tiefladern abtransportiert.

Im Camp wurde vom nadir-Projekt (http://www.nadir.org) aus Hamburg ein Campjournal produziert, in dem verschiedenste Aktionen ausführlich dokumentiert sind bzw. Eindrücke und Diskussionen festgehalten sind. Wer also Interesse hat, gleich mehr zu erfahren, muß im Internet surfen: http:/www.contrast.org/borders/camp/journal

"Satansmörder" mit Hakenkreuz

Bisher kaum beachtet entpuppt sich Thüringen in letzter Zeit als Hort der nationalsozialistischen Black-Metall-Szene (NS-BM). Neben dem in Erfurt ansässigen Mailorder-Katalog "Darker Than Black" finden vermehrt Konzerte der Black-Metal-Szene statt. Eine zentrale Rolle bei diesen Vorgängen nimmt dabei der Erfurter Hendrik Albert Victor Möbus ein.

Ein nicht ganz alltäglicher Prozeß fand am 14. Juli 1999 im Amtsgericht von Eisenach (Thüringen) statt. Hendrik Albert Victor Möbus aus Erfurt hatte sich wegen der "Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen" (§ 86a StGB) zu verantworten. Während eines Heavy-Metal-Konzertes in Behringen (Thüringen) vom 26. Zum 27. September 1998 hatte er von der Bühne aus "Sieg Heil"- und "Heil Hitler"-Rufe skandiert, den rechten Arm gehoben sowie das Hakenkreuz und Symbole der Waffen-SS getragen. Möbus, das zeigte die Anwesenheit zahlreicher MedienvertreterInnen, ist kein unbeschriebenes Blatt: Am 19. Februar 1994 war er als einer der sogenannten Satansmörder von Sondershausen zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Gemeinsam mit Freunden hatte er den 15jährigen Sandro Beyer aus Sondershausen im April ´93 zu Tode gequält. Möbus und seine damaligen Freunde nannten sich "Kinder des Satans", die Tat rechtfertigten sie mit neuheidnischen Argumenten. Gegen den Willen der Staatsanwaltschaft kam Möbus zum 1. September 1998 auf Bewährung frei.

Szeneintern hat Möbus eine zentrale Rolle. Zum einen ist er Sänger der Band "Absurd", welche seit dem Mord an Sandro Beyer nicht über mangelndes Publikum bei ihren Auftritten klagen kann und bundesweit die bekannteste NS-BM-Band ist. In einem Interview bezeichnet "Absurd" den Mord so: "Nun, am 29.4.93 entschlossen wir uns, dem Leben eines lebensunwerten Geschöpfes ein Ende zu setzen."
Zum anderen betreibt Möbus die Internetseiten der "Allgermanischen Heilsfront" (AHF) in der BRD. Die AHF begreift sich als "eine neuheidnische und völkische Bewegung mit dem Hauptziel der Existenzsicherung für alle germanischen Völker." Sie ist dabei in "heidnische Front-Divisionen" gegliedert, welche den jeweiligen Ländern entsprechen. Für die BRD ist dies die "Deutsche Heidnische Front".
Als Unterabteilung des Hammerskin-Plattenverlags "Hass Attacke" (H.A.) aus Dresden betreibt Möbus den Mailorderverlag und Label "Darker Than Black" (D.T.B.). Bei D.T.B. aus Erfurt findet sich alles was die neofaschistische Black-Metal-Szene zu bieten hat. Am 30. Oktober 1999 wollen D.T.B. und H.A. ein Konzert mit der bekanntesten polnischen NS-Black-Metal Band "Graveland" in "Mitteldeutschland" durchführen.

Zum Konzert ins Kulturzentrum von Behringen waren 700 Gäste gekommen. Es spielte "Nagelfar" (Aachen), "Riger" (Frankfurt/Oder), "Dunkelgrafen" (Annaberg-Buchholz/Chemnitz), "Barad Dur" (Erfurt), "Vilkates" (Chemnitz) und "Pesten 1349" (Ilmenau). Zum Auftritt von Absurd (Erfurt) kam es nicht mehr. Möbus organisierte die Ordnergruppe und nutzte hierfür Kontakte zu Neonazis aus seinem Gefängnisaufenthalt. Gegen 2.30 Uhr soll die Ordnergruppe uniformiert die Bühne betreten haben. Links und rechts der Bühne postierte sich jeweils ein Neonazi mit Fackel. Möbus stand am Mikrophon und rief "Sieg Heil", "Heil Hitler" und hob dazu den rechten Arm. Mehrere ZeugInnen erklärten, daß sie den Eindruck eines geplanten Auftritts hatten.

Vertreten wurde Möbus durch Rechtsanwalt Peter Stöckicht. Dieser ist zur Zeit NPD Mitglied in Rostock und seit den 50iger Jahren rechtsaktiv: Als Funktionär Im "Bund Nationaler Studenten" und der "Aktion Neue Rechte", sowie als Referent bei Sonnenwendfeiern des "Völkischen Bundes". Stöckicht versicherte, daß Möbus nicht zur militanten Neonaziszene gehöre und kein Überzeugungstäter sei. Die Verwendung des Symbols der Waffen-SS relativierte er dadurch, daß es vielfach Verwendung fände, für Möbus das Zeichen einer norwegischen Bänd sei und selbst "Störtebecker" den Totenkopf als Piratensymbol genutzt habe.
"Die Stimmung auf einem solchen Konzert kennt man ja", "es sind unsere Söhne, Söhne dieser Gesellschaft", "Die meisten haben keine Ahnung, weder im Bösen wie im Guten, dem 3. Reich nachzuhängen." Und zu guter letzt wäre die BRD eine freie Gesellschaft, in der so etwas auszuhalten sei. Als Protestzeichen wollte Stöckicht die Tat verstanden wissen und plädierte auf eine Bewährungsstrafe.

Möbus drückte während seiner Abschlußworte auf die Tränendrüse: Die Ordner wären nicht mehr unter seiner Kontrolle gewesen und hätten ihn mißbraucht, er habe ein bis dahin nicht gekanntes Gemeinschaftsgefühl erlebt und will sich nun wieder in die Gesellschaft eingliedern. Das Hakenkreuz sehe er als religiöses Symbol und dem Nationalsozialismus stehe er neutral gegenüber.

Der Staatsanwalt sah dies etwas anders. Zwar akzeptierte er eine alkoholische Beeinflussung bei der Tat, stellte jedoch in Rechnung, daß der Vorfall keine vier Wochen nach der Haftentlassung geschah und forderte eine 10 monatige Freiheitsstrafe. Der Richter machte daraus 8 Monate und gestand Möbus eine verminderte Schuldfähigkeit auf Grund des Alkoholgenusses zu. Eine nationalsozialistische Einstellung, die zumindest an diesem Abend offensichtlich geworden sei, quittierte der Richter Möbus.

Mit dem geplanten Beginn des Studiums der Ur- und Frühgeschichte, Germanistik und Kulturgeschichte an der Universität von Jena wird Möbus noch warten müssen. Der 23-jährige studiert zur Zeit Soziologie und Geschichte an der Fernuniversität Hagen und wollte diesen Herbst seinen Wirkbereich von Erfurt in die thüringer Universitätsstadt verlagern. Zwar ist Stöckicht in Revision gegen das Urteil gegangen, doch liegt ebenfalls ein Antrag der Staatsanwaltschaft vor, die laufende Bewährung der Mordstrafe aufzuheben und in eine 3jährige Freiheitsstrafe umzuwandeln.

Steffen Klein

Hendrik Möbus (2. von links) mit Freunden nach seiner Gerichtsverhandlung.

Bert Papenfuß
“Weimar ist ein Unort”

Einen “Wermutstropfen in der freudigen Stimmung” nannte die Pressesprecherin der Stadt Weimar den Überfall, bei dem der Berliner Schriftsteller Bert Papenfuß und drei seiner Kollegen in der Nacht nach Goethes 250. Geburtstag von rechten Schlägern verprügelt wurden.
Der Ostberliner Papenfuß ist Lyriker (u.a. “SBZ - Land und Leute. Gedichte”, 1998). Für seine Arbeiten wurde er 1998 mit dem Erich-Fried-Preis ausgezeichnet. Er war Herausgeber der Zeitschrift Sklaven, die an ein gleichnamiges Projekt des Schriftstellers Franz Jung aus den Zwanzigern anknüpfte, und ihrer Abspaltung Sklaven Aufstand. Diese publizistische Arbeit wird im Herbst mit einer neuen Zeitschrift, dem Gegner, fortgesetzt.

Der Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel, hat sich bei Euch dafür entschuldigt, daß Ihr in Weimar angegriffen worden seid: Fühlst Du Dich jetzt besser?

Nee. Ist mir eigentlich egal. Darum geht’s mir nicht besser.

Was ist denn genau passiert in Weimar?

Wir hatten eine Veranstaltung, und als die vorbei war, sind wir zum Frauenplan gegangen. Dort gibt es eine Gaststätte, das “Schmale Handtuch” genannt, gleich gegenüber von Goethes Wohnhaus. Das Publikum war normal durchmischt, es waren Touristen und Einheimische, es waren auch ein paar Jungs da, die man als Skinheads hätte klassifizieren können, aber sie haben keine Insignien getragen, hatten keine Bomberjacken an und trugen auch keine richtigen Glatzen. Wir waren zu einem und uns über Bey, eischwujüdiUS-amerikanischen Schriftsteller, als so ein großer Skinhead vorbeikam und uns als “verkommene Judenhunde” beschimpfte und “Gesocks”, gar nicht besonders laut, sondern nur so, daß wir das am Tisch verstanden haben.

siebt an Tisch terhielten Hakim nen len und schen

Dann ist er verschwunden, und wir sind darauf vor die Tür gegangen, haben geguckt, ob da jemand ist, der eine Bedrohung darstellen würde - da war aber niemand. Dann haben wir noch ein Bier getrunken. Als wir gingen, wir waren zu viert, kam dieser große bullige Typ vor dem Lokal auf mich zu und rempelte mich an. Dann kam sofort der Führer der Gang hinterher und fragte mich, warum ich seinen Kameraden angerempelt hätte. Ich drehte mich um, in dem Augenblick war es aber schon passiert, ich habe einen Schlag vor den Kopf bekommen und bin zu Boden gegangen.

Was dann passiert ist, kann ich gar nicht so genau sagen. Das ging alles sehr schnell. Ich lag am Boden, bin irgendwie wieder hochgekommen, da waren aber Leute, die nach mir traten. Jemand hat per Handy die Polizei gerufen, die waren auch schnell da und standen dann rum, unweit des Lokals. Gemacht haben sie nichts. Ich wurde zum Notarzt gebracht, genäht und geröntgt. Ich habe eine Gehirnerschütterung und Frank Willmann eine gebrochene Rippe.

Die Polizisten haben keine Anstalten gemacht, die Täter zu suchen?

Nein, überhaupt nicht. Es hieß ein paar Tage später, daß sie jemanden festgenommen und wieder freigelassen hätten, aber eigentlich ist da nichts passiert.

Du warst vorher schon mehrmals in Weimar, bist Du da in ähnliche Situationen geraten?

Ich war in den letzten Jahren häufiger in Thüringen zu Lesungen, und Weimar ist für Literatur schon immer ein schwieriges Pflaster gewesen. Die denken, sie hätten die Literatur mit der Muttermilch schon aufgesogen. Es kommen immer sehr wenige Leute zu Lesungen, und damit meine ich nicht nur die Art engagierter Literatur, für die ich stehe. Ganz anders als beispielsweise in Jena, wo es eine lebendige literarische Szene gibt.

Natürlich nimmt man im Weimarer Straßenbild rechtsorientierte Jugendliche wahr, und in dieser Ausstellung, wo Hitlers Lieblingsbilder ausgestellt werden, da war natürlich die rechte Ortsgruppe von irgendeinem Dorf da, die sich auch die Bilder angeschaut hat. Wenn man darauf achtet, sieht man so etwas auch. Die Mitteilungen, die von Weimars Administration in die Welt gesetzt wurden, daß die Feierlichkeiten alle friedlich verlaufen seien, sind natürlich nicht wahr. Frank Willmann hat in Weimar mit einem Journalisten der Bild-Zeitung gesprochen, und der hat gesagt, daß das nicht der einzige Überfall von Rechten war, Weimar habe die geringste Aufklärungsquote, was Straftaten Rechter angeht.

Und das alles in der Nacht nach Goethes 250. Geburtstag, gegenüber von einem Haus, das gerade in die Unesco-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen worden ist.

Ja. Die Stadt war voller Leute. 60 000 sollen es gewesen sein. Das ist aber wohl zu hoch gegriffen, denn das wären ja soviele, wie Weimar Einwohner hat. Weimar ist für mich ein Unort. Weimar verkörpert für mich fast alles, was meinen Widerwillen erregt. Klassik, Klassizismus, das Gauforum - das war eine Hochburg des Faschismus. Als ich das erste Mal da war, Anfang der siebziger Jahre, habe ich Weimar einfach nur als spießiges Kaff wahrgenommen. Es gab in der DDR außerordentlich spießige Tendenzen, man sprach ja auch vom sozialistischen Biedermeier. Dafür stand Weimar. Und das hat sich nach der Wende in eine andere Richtung weiterentwickelt. Es gab und gibt da eine starke rechte Szene. Und besonders in diesem Jahr ist noch dieser Kommerzialismus dazu gekommen, durch die Ausschlachtung von Goethes Geburtstag, nächstes Jahr ist Nietzsches 100. Todestag, die werden sicher noch einige Gründe finden, um den Tourismus voranzutreiben.

Parallel zu Weimar fanden in Goethes Geburtsstadt Frankfurt am Main auch Feierlichkeiten statt, glaubst Du, dort hätte Dir ähnliches passieren können?

Schwer zu sagen, aber ich denke nicht. Wenn dort ein Platz ist, wie etwa der Frauenplan, wo viele Leute sind, mit Biergartenstimmung, dann ist eine Gruppe von rechten Skinheads auffällig. In Frankfurt wäre es wahrscheinlich nicht passiert, weil es in diesem Sinne viel besser kontrolliert ist. In Weimar hat das aber auch viel damit zu tun, daß man dort keine Probleme aufkom-

men lassen will, daß Dinge weggelogen werden und daß in diesem Gemütlichkeitswahn bestimmte Dinge überhaupt nicht wahrgenommen werden.

Wie habt Ihr Euch dieser omnipräsenten Klassik gegenüber positioniert?

Wir haben was dagegen gesetzt. Uns ging es nicht darum, Weimar anzugreifen oder die Einwohner zu brüskieren, aber diesen Devotismus, der dort so unglaublich präsent ist, auch durch das KZ Buchenwald natürlich. Diese Unterwürfigkeit, dieses Übermaß an Anpassung, dem haben wir versucht, etwas entgegenzusetzen, durch das Programm, das wir dort gemacht haben.

Was war das für ein Programm?

Es gab eine Veranstaltung in einem Veranstaltungsort "Der Bau", wo das "worldhaus tv"-Projekt beheimatet war. Dort gab es eine Reihe von Veranstaltungen über die vergangenen Monate hinweg, und dort haben wir, die wir den "Sklaven Markt" machen, ein Osteuropa-Festival organisiert. Mit Literaten, Bands und Filmen. "Der Bau" ist ein provisorisches Gebäude, das nach den Festivitäten wieder abgerissen wird, ein etwas fester gebautes Zelt mit viel Technik drin. Und am vergangenen Sonntag gab es dann eine weitere Veranstaltung, bei der verschiedene Zeitschriften vorgestellt wurden, wie zum Beispiel der Müßiggangster, das Organ der glücklichen Arbeitslosen aus Berlin, und ich habe dort den Gegner vorgestellt, die Fortführung von Sklaven, die eingestellt wird. Das war ein sozial sehr engagiertes Spektrum, das wir da präsentiert haben, aber diese Veranstaltungen waren sehr schlecht besucht.

In den Berichten über den Überfall heißt es, den Weimarern sei es besonders peinlich, daß es mit Euch Prominente getroffen hat. Glaubst Du, mit einem "Wichtiger Dichter"-Tattoo auf der Stirn wäre Dir nichts passiert?

Es ist höchst peinlich, daß Angriffe auf Prominente besonders ernst genommen werden. Und deswegen halte ich es auch für sinnvoll, solche Dinge in die Medien zu bringen. Überfälle auf "normal links" aussehende Menschen bleiben sonst unbekannt. Uns ist allerdings unklar, ob wir als Prominente angegriffen wurden, oder ob wir einfach für die Rechten die Schönsten waren.

Wie greifen denn in Weimar Ost- und West-Elemente ineinander?

Es ist falsch, rechtextreme Übergriffe nur dem Osten anzulasten. Das gibt es im Westen genauso, und Weimar ist insofern auch eine westdeutsche Stadt, weil sie dort alles unter den Teppich kehren. Die kulturpolitische Administration der Stadt ist fast vollständig in westdeutscher Hand. Insofern ist das schwer zu trennen. Man kann nicht sagen, daß das alles auf FDJ- und SED-Elemente zurückzuführen ist. Es sind zehn Jahre ins Land gegangen, es hat eine politische Entwicklung stattgefunden. Und auf diesem Boden blüht diese starke rechte Subkultur. Der Bevölkerung wird das Gefühl vermittelt, man ist wer, und solche Übergriffe, die kommen nicht vor.

Mangelt es Weimar an grundlegenden zivilisatorischen Standards?

Schon in den frühen Siebzigern war der real existierende sozialistische Mief in Weimar besonders stark. Man kann nun natürlich nicht einer Stadt unterstellen, daß sie eine geschlossene Mentalität habe, aber die stark anpassungsfreundlichen Tendenzen sind schon sehr deutlich. Das hat sich im Dritten Reich gezeigt, das war in der DDR so, und das zeigt sich auch heute. Im forcierten Kapitalismus hat man sich auf die neuen Bedingungen eingestellt.

Wie unterscheidet sich denn die Goethe-Exploitation zu DDR-Zeiten von der heutigen?

In erster Linie dadurch, daß damals keine Exploitation stattgefunden hat, in dem Sinne, daß es eine Würdigung des klassischen Erbes gab, aber keinen Ausverkauf. Goethe wurde in der DDR ja auch mit Vorsicht genossen. Er war natürlich wichtig. Für den sozialistischen Realismus waren die Klassiker die absolute Basis, aber klassenpolitisch wurde das dann wieder relativiert. Goethe mit seinen Fürstenfreunden. Solche sozialen Zusammenhänge werden heute überhaupt nicht mehr hinterfragt. Heute wird nur herausgepickt, welches Item ist vermarktbar und wie stellen wir das an. Und was machen wir drumherum, um den Kommerz weitertreiben zu können. Das ist ein Unterschied.

Für die Art von Literatur, wie Du sie repräsentierst, wem fühlst Du Dich näher?

Mir sind beide Haltungen gleich fremd. Hier wie da stehe ich für die Antiklassik.

Interview: Tobias Rapp (aus Jungle World, Nr. 37/99)

Two in One

In Thüringen ist die Fahrradmitnahme bei der Bahn gratis

Fahrräder fahren in Thüringen seit Ende Juli kostenlos Zug. Trotzdem gehört zu jedem Fahrrad auch weiterhin ein Ticket. Das ist zwar umsonst, nicht aber für die Bahn. Die braucht es nämlich für ihre Statistik und für das nächste Jahr. Spätestens wenn die Regelung am 21. Juli 2000 ausläuft, steht der Deal zwischen Land und DB-Regio wieder zur Diskussion.
Das sommerliche Weihnachtsgeschenk der Bahn läßt sich das Land Thüringen nämlich in diesem und kommenden Jahr insgesamt 60 000 DM kosten. Damit führe die Bahn nach eigener Rechnung bei den Fahrrädern jedenfalls kein Minus ein.
Ein Wehrmutstropfen bleibt bei der positiven Nachricht aber doch, das Null-Tarif-Ticket hat nur für Regionalzüge, sprich Regionalbahn und –express, Gültigkeit. Wer mal schnell mit dem Fahrrad und Interregio von Gera nach Gotha fahren will, muß also weiterhin 12 DM bzw. 6 DM bei Gruppenreisen zahlen. Kritiker des ausgehandelten Vertrages befürchten zudem, die Offerte könnte gerade im Sommer zu chronisch überfüllten Fahrradabteilungen führen. Die Erfahrung in anderen Bundesländern wie in Sachsen-Anhalt hat aber gezeigt, daß zwar mehr Fahrräder befördert wurden, der Ansturm auf das Gratis-Angebot aber durchaus von der Bahn bewältigt werden konnte. In Thüringen will die Bahn dem Run mit verstärktem Einsatz von Gepäckwagen begegnen. Nach bisherigen Informationen ist für jeden Regionalzug die Fahrradmitnahme in "begrenztem Umfang" garantiert. Daß es dennoch zu Engpässen kommen kann, will auch die Bahn nicht ausschließen. Um dann nicht vom kundenfreundlichen Zugbegleiter abgewiesen zu werden, empfiehlt sich nach Auskunft der Bahn besonders bei größeren Gruppenreisen eine entsprechende Reservierung oder telefonische Vorankündigung. ❑

Impressum: Eisenacher Nachrichten, c/o Briefkasten des DGB, Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach; Die Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.